

Antrag	Vorlage-Nr: Öffentlichkeitsstatus:	VO/2018/3031 öffentlich		
Gegen die kommunale Schuldenspirale - Osnabrück unterstützt Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte" (Antrag Fraktion DIE LINKE.)				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungs- art	Zuständigkeit	TOP- Nr.
Verwaltungsausschuss	30.10.2018	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	30.10.2018	Ö	Entscheidung	

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Die Stadt Osnabrück wird Mitglied beim Aktionsbündnis "Für die Würde unserer Städte".
2. Der Oberbürgermeister/der Kämmerer informiert den Rat regelmäßig über die Treffen des Bündnisses.
3. Die Stadt Osnabrück begleitet die Bündnisarbeit aktiv und informiert regelmäßig die Öffentlichkeit über die Forderungen des Bündnisses.

Der Inhalt der Vorlage unterstützt folgende/s strategische/n Stadtziel/e:**Sachverhalt:**

Unter dem Namen „Raus aus den Schulden – Für die Würde unserer Städte“ haben sich bereits 70 Kommunen aus acht Bundesländern zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen. Ziel des Bündnisses ist es, die vor dem finanziellen Aus stehenden Kommunen vor dem Absturz zu bewahren und die Lebensqualität der Bürger*innen zu sichern.¹

Die Forderungen des Bündnisses nach einer Neuordnung des kommunalen Finanzsystems, der Umsetzung der grundgesetzlich verankerten gleichwertige Lebensverhältnisse und der Einführung eines Entschuldungsfonds sind für überschuldete Kommunen von überragender Bedeutung. Ein gemeinsames und parteiübergreifendes Bündnis mit vielen weiteren betroffenen Kommunen ist absolut unterstützenswert.

Auch die Stadt Osnabrück ist betroffen. Vom Land Niedersachsen als „finanzschwache Kommune“ betitelt, weist die städtische Bilanz im Abschluss des Haushaltsjahres 2016 knapp über 120.000.000 Euro alleine an Liquiditätskrediten aus. Seit Jahren wird der Haushalt konsolidiert, Einsparungen hier und da sorgen zwar für einen langsamen Abbau der Schuldenlast, aber dennoch bleibt der Schuldenberg immens. Der hauptsächliche Effekt: es fehlen die Gelder für nötige Investitionen und für eine ausreichende personelle Ausstattung der öffentlichen Verwaltung, der Rat hat wenig Spielraum für politische Entscheidungen und kann nur noch mühsam die Pflichtaufgaben erfüllen.

¹ https://www.muelheim-ruhr.de/cms/aktionsbuenndnis_raus_aus_den_schulden.html

Eine Lösung kann nicht darin liegen aus eigener Kraft immer weiter an öffentlichen Leistungen einzusparen – es bedarf auf Bundes- und Länderebene einen Kurswechsel. Um diesen zu erreichen, müssen wir als Kommune gemeinsam mit anderen dafür eintreten und unsere Stimme erheben. Das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ ist daher unbedingt unterstützenswert. Die Stadt Osnabrück muss Teil davon werden und sich so parteiübergreifend für eine Umstrukturierung des kommunalen Finanzsystems einsetzen. Dabei muss die Stadt eine aktive Rolle einnehmen und regelmäßig die Öffentlichkeit über die Forderungen des Bündnisses informieren.

Die Forderungen des Aktionsbündnisses sind ein guter erster Schritt, um auf die Ungerechtigkeit in der Finanzierung auf einer breiten Ebene aufmerksam zu machen. Die prekäre finanzielle Situation der Kommunen muss ein Ende haben. Der kommunale Anspruch auf eine finanzielle Mindestausstattung wurde erst 2013 in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts mit deutlichen Worten bejaht. Demnach kann von kommunaler Selbstverwaltung keine Rede mehr sein, wenn eine Kommune strukturell unterfinanziert ist. Dadurch wird der verfassungsrechtliche Anspruch der kommunalen Selbstverwaltung verletzt – und dieser Anspruch kann nicht durch das Land mit Hinweis auf die Haushaltslage unerfüllt bleiben, sondern muss in jedem Fall erfüllt werden. Es geht also nicht nur „Um die Würde unsere Städte“, sondern vielmehr um unsere verfassungsmäßigen Rechtsansprüche einer Mindestfinanzausstattung zur Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung. Die Lösung können dabei auch keine Konsolidierungshilfen bei gleichzeitigem Konsolidierungsdruck sein – es muss, wie es auch vom Aktionsbündnis gefordert wird – einen Altschuldenfond geben, der die Kommunen von ihren Schuldenbergen befreit und mit der kommunalen Schuldenspirale bricht.

Gez. Giesela Brandes-Steggewentz
(Fraktionsvorsitzende)